

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**21.01.2021  
HHA**Fraktion der AfD**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Aufstockung der Leistungen zum Schutz von Frauen vor Gewalt**

Einzelplan **08** Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Freiwillige Transferleistungen  
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 5  
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Schutz von Frauen vor Gewalt

<u>Leistungsplan:</u>	Veränderung		
	von	um	auf
	<b>Beträge in 1.000 EUR</b>		
<b>Gesamtkosten</b>	1.267,5	+ 1.232,5	2.500,0
<b>Eigene Erlöse</b>	0,0	0,0	0,0
<b>Produktabgeltung</b>	1.267,5	+ 1.232,5	2.500,0

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

**Begründung des Änderungsantrags:**

Ausweislich der Produktbeschreibung soll die betreffende Kostenposition der Weiterentwicklung bzw. Stärkung der „Prävention und Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt“ und der dazugehörigen Rahmenbedingungen „für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Beratungs-, Hilfe- und Schutzangeboten insbesondere zum Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt, einschließlich Gewalt im Namen der Ehre“ dienen.

Mit Blick auf den tatsächlichen Umfang, die Brisanz und den Interventionsbedarf bezüglich des Phänomens der Gewalt gegen Frauen, insbesondere solcher gegen Frauen mit Migrationshintergrund, ist das vorgesehene Budget im Plan ungenügend.

Aktuell gilt dies erst recht vor dem Hintergrund der akuten Corona-Krise und der Begleiterscheinungen, Quarantäne, gesteigerte Existenzängste und ausufernde Gewalt gegen Frauen.

Die Betragsaufstockung korrespondiert mit den Forderungen in dem Antrag der AfD-Fraktion - „Effektive Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund und ausländischer Staatsangehörigkeit“ (Drs. 20/3678).

Wiesbaden, 21.01.2021

Für die Fraktion  
der AfD  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Robert Lambrou**